

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.11.2008

Ort: Ratshof, Raum 105/107, Marktplatz 1, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:20 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Gernot Töpfer	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:30 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	Vertreter: Herrn Töpfer
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter: Herrn Krause

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Folgende Vorlagen wurden von der Tagesordnung genommen, da die Fachausschüsse noch kein abschließendes Votum abgegeben haben:

- 5.8.** Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10
Vorlage: IV/2008/07382
- 5.11.** Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012
Vorlage: IV/2008/07534
- 5.12.** Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420

Herr Wolter fragte, ob es von der Verwaltung eine neue Vorlage zum Tagesordnungspunkt

- 5.6.** Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle
Vorlage: IV/2008/07525

gebe.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass zum heutigen Ausschuss keine neue Vorlage erstellt wurde. Er informierte kurz über das Ergebnis des Planungsausschusses zum Stadion, werde aber bei der Diskussion des Tagesordnungspunktes noch einmal darauf zurückkommen.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass sich der Tagesordnungspunkt

- 5.6.1.** Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte, DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlage-Nr.: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07580

durch den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Vorlage „Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle“ (Vorlage: IV/2008/07525) Vorlage: IV/2008/07619 erledigt habe.

Aufgrund der großen Anzahl von Gästen zum Tagesordnungspunkt 5.6 wurde dieser in der Behandlungsreihenfolge vorgezogen.

Frau Wolff erinnerte daran, dass die Verwaltung gestern in die Fraktionen eine überarbeitete Vorlage zum Tagesordnungspunkt:

- 5.10.** Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"
Vorlage: IV/2008/07530

übergeben habe.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Jahresabschluss 2007 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: IV/2008/07573
 - 5.2. Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2007
Vorlage: IV/2008/07552
 - 5.3. Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: IV/2008/07565
 - 5.4. Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses
Vorlage: IV/2008/07492
 - 5.5. Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhauses für Nutzerinnen und deren Kinder gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses für die Haushaltsjahre 2009 und 2010
Vorlage: IV/2008/07491
 - 5.6. Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle
Vorlage: IV/2008/07525
 - 5.6.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte, DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlage-Nr.: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07580
erledigt
 - 5.7. Jahresrechnung 2007 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2008/07487
 - 5.8. Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10
Vorlage: IV/2008/07382
vertagt
 - 5.9. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008/2009 für das Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/07294

- 5.10. Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"
Vorlage: IV/2008/07530
- 5.11. Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012
Vorlage: IV/2008/07534
vertagt
- 5.12. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420
vertagt
- 5.13. Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende" im Verwaltungshaushalt und die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Vorhaben "Überbauung Gerbersaale" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07579
- 5.14. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Grundschule Büschdorf, 2. Rettungsweg", Investitionszuschuss an ZGM - Bauleistungen im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07582
- 5.15. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben "Altindustriestandorte Merseburger Straße - Diakonie" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07569
- 5.16. Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für sonstige Bewirtschaftungskosten für unbebaute Grundstücke
Vorlage: IV/2008/07584
- 5.17. Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2009 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07489
- 5.18. Wirtschaftsplan 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: IV/2008/07388
6. Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) per 30.09.2008
Vorlage: IV/2008/07576
7. Quartalsbericht III. Quartal 2008 zur Entwicklung des Verwaltungshaushaltes
Vorlage: IV/2008/07585
8. Prüfrechte und -pflichten
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
10. schriftliche Anfragen von Stadträten

11. Mitteilungen
- 11.1. Information zum Stand der Verhandlungen bezüglich der Oberflächenentwässerung
12. Anfragen
13. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Herr Bönisch fragte nach den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Geier zum Fuhrparkkonzept. Dieser antwortete, beim Tagesordnungspunkt Mitteilungen auf die Anfrage zurückzukommen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses am 21. Oktober 2008 wird ohne Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 21. Oktober 2008 folgende abschließenden Beschlüsse gefasst wurden:

- zu 3.1 Verkauf eines kommunalen Grundstücks
Daniel-Defoe-Straße 20/ 21
Gemarkung Halle-Neustadt, Flur 02, Flurstück 21
Vorlage: IV/2008/07481

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstücks an die GWG Halle-Neustadt mbH, Am Bruchsee 14 in 06122 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

- zu 3.2 Verkauf eines kommunalen Grundstücks
Teichstraße 12
Gemarkung Halle-Neustadt, Flur 06, Flurstück 157/4
Vorlage: IV/2008/07482

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstücks an die GWG Halle-Neustadt mbH, Am Bruchsee 14 in 06122 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.3 Verkauf eines kommunalen Grundstücks
Harzgeroder Straße 46
Gemarkung Halle-Neustadt, Flur 08, Flurstück 75
Vorlage: IV/2008/07483

Beschluss:

1. Der Beschluss des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften vom 4. Juni 2002 (Vorlagen-Nr. III/2002/02160) wird aufgehoben.
2. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstücks an die GWG Halle-Neustadt mbH, Am Bruchsee 14 in 06122 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Jahresabschluss 2007 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: IV/2008/07573**

Herr Schaaf (BMA) erläuterte auf Anfrage von Frau Wolff, dass bei sinkenden Umsatzerlösen die Kosten des Unternehmens gesenkt werden müssen oder die Zuschüsse steigen. Herr Neumann (Pressesprecher MDV) führte aus, dass in Leipzig die Umsatzerlöse steigen, ein 10-Minuten-Takt vorgehalten werde, eine gute Verknüpfung zwischen den öffentlichen Verkehrsmitteln bestehe und ein intensives Marketing betrieben werde. Das Angebot der HAVAG werde derzeit analysiert. Die geänderten Regelungen zur Fahrradmitnahme schloss er als Grund für die sinkenden Fahrgastzahlen aus, da in anderen Kommunen auch ein Kinderfahrtschein gelöst werden müsse.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 10.07.2008 zu folgendem Beschluss:

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18. November 2008 - öffentlicher Teil

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2007 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird in der von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 09.05.2008 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 €.
Die Bilanzsumme beträgt	1.312.119,14 €.

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**zu 5.2 Jahresabschluss für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2007
Vorlage: IV/2008/07552**

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss für den **EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)** für das Wirtschaftsjahr 2007 wird wie folgt festgestellt:

Jahresverlust:	7.462.133,59 €
Bilanzsumme:	291.600.288,71 €.

2. Der Betriebsleitung des **EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale)** wird für das Wirtschaftsjahr 2007 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresverlust in Höhe von 7.462.133,59 € wird durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.

**zu 5.3 Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: IV/2008/07565**

Herr van Rissenbeck bestätigte auf Hinweis von Frau Wolff, dass es sich auf Seite 2 der Begründung bei der Angabe der Arbeitnehmer für das Wirtschaftsjahr 2009 im jährlichen Durchschnitt durch arbeitsvertragliche Bindung im EfA um einen Schreibfehler handelt. Es waren nicht 460 Arbeitnehmer sondern 560.

Herr Weiland stellte folgenden **Geschäftsordnungsantrag:**

Aufgrund des fehlenden Votums des Eigenbetriebsausschusses wird die Vorlage vertagt.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Sitzung am 9. Dezember 2008

zu 5.4 **Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses
 Vorlage: IV/2008/07492**

Auf Nachfrage von Herrn Wolter führte Frau Wildner (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Halle (Saale)) aus, dass zurzeit aufgrund einer Schätzung und von Erfahrungswerten von Mehreinnahmen in Höhe von 6.000 € ausgegangen werde.

Eine Diskussion über mögliche Einsparungen (5-Mio.-Liste zum Haushalt) in diesem Bereich wurde nicht eröffnet.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.4370.110000 - Mehreinnahmen

zu 5.5 **Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhouses für
 Nutzerinnen und deren Kinder gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Sat-
 zung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses für
 die Haushaltsjahre 2009 und 2010
 Vorlage: IV/2008/07491**

Frau Wildner erläuterte, dass die Gebühren turnusmäßige gemäß Kommunalabgabengesetz neu kalkuliert wurden.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt entsprechend der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses § 7 (2) für die Haushaltsjahre 2009 und 2010:

- eine Benutzungsgebühr/ Nacht für Frauen von 23,51 Euro und
- eine Benutzungsgebühr/ Nacht für Kinder von 11,76 Euro

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.4370.110000 - Mehreinnahmen

**zu 5.6 Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle
Vorlage: IV/2008/07525**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Wolter, Frau Wolff, Herr Krause, Herr Dr. Schmidt, Herr Bönisch, Herr Weiland, Herr Dr. Fuchs, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Pohlack, Herr Neumann und Herr Geier und Herr Dr. Wiegand.

Herr Misch begründete seinen Änderungsantrag (Dieser wurde den Mitgliedern des Ausschusses am 17.11.2008 zur Kenntnis per Mail zugeleitet.) und erinnerte an die Historie und die Notwendigkeit einer Ballsporthalle. Die Verwaltung legte eine Beantwortung des Antrages vor. Herr Misch verzichtete darauf, den Antrag im Ausschuss für Finanzen zu stellen.

Herr Dr. Pohlack führte in die Vorlage ein. Er betonte besonders, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss handle. Es sei noch keine konkrete Planung. Weiterhin sei es ein Bekenntnis der finanziellen Obergrenze. Die Landesförderung zielle nicht auf einen Neubau. Es soll eine wirtschaftliche Variante gefördert werden. Die Verwaltung habe eine Abwägung der Standorte vorgenommen, die Baukosten begrenzt und unsichere Finanzierungsquellen ausgeschlossen. Das Stadion solle nicht durch den Verzicht von bereits geplanten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen saniert bzw. neu gebaut werden. Auch die in Aussicht stehende Verringerung der Betriebskosten wurde nicht mitverplant und diene als zusätzliche Sicherheit. Die Finanzierung soll durch den Verkauf von Immobilien in den nächsten 1 ½ - 2 Jahren in Höhe von insgesamt 17,5 Mio. € erreicht werden.

Herr Neumann ergänzte, dass die Stadt Halle (Saale) Eigentümerin von 809 Grundstücken mit einer Größenordnung von insgesamt 6.879.000 m² sei. Durch die Verwaltung seien 2 Grundstückslisten erstellt worden. Eine, auf der 14 Objekte stehen, die kurzfristig für die Stadionfinanzierung, und eine zweite Liste mit 50 Objekten, die zur Haushaltskonsolidierung verkauft werden sollen. Im Rahmen der Konsolidierung des Haushaltes wurden bereits 6 Mio. € beigetragen; 8,5 Mio. € stehen bis zum Jahr 2012 noch aus. Da es sich bei den geplanten Grundstücken um Liegenschaften handelt, die fast keine Einnahmen bringen, fallen auch keine Zahlungen weg. Die Stadt sei bereits in konkreten Verhandlungen. Er bekräftigte, dass der normale Gremiendurchlauf bei Grundstücksgeschäften natürlich eingehalten werde. An den Grundstücken beider Listen haben die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen nur sehr geringes Interesse. Falls weitere Informationen gewünscht werden, könne er diese im nicht öffentlichen Teil geben.

Auf Anfrage erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass 4 von 7 Punkten des Antrages der Fraktion DIE LINKE in der Verwaltungsvorlage deckungsgleich sei. Ein weiterer Teil des Antrages ergebe sich aus gesetzlichen Grundlagen (HOAI). Im Planungsausschuss wurde zugesagt, dass für den Hauptausschuss eine Zusammenfassung vorgelegt werde. Die Inhalte des Antrages werden nicht in Frage gestellt und stimmen mit der Grundrichtung der Verwaltung überein.

Die Behandlung der neuen Vorlage (Präsentation der unterschiedlichen Varianten und Beschluss über die Vorzugsvariante) sei für März 2009 geplant. Für die Fördermittelbeantragung beim Land in Höhe von 6 Mio. € sei die Planungsphase 2,5 zu erreichen. Ziel des Abschlusses der Planungsphase 3 gemäß HOAI / Kostenschätzung sei das I. Quartal 2009.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass er auch den Rat bei der Entscheidung über das Betreiberkonzept und den Standard des Stadions (Planungsphase I) beteiligen möchte.

Ein Mitglied des Ausschusses gab zu bedenken, dass in den kommenden Haushaltsplanberatungen 5 Mio. € im freiwilligen Bereich eingespart werden müssen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Grundsatzentscheidungen getroffen, die hohe Folgekosten verursacht haben. Völlig außen vor sei die Beteiligung des HFC. In der überwiegenden Anzahl der städtischen Sporteinrichtungen seien Sanierungen im großen Stil notwendig. Aus diesen Gründen könne der Vorlage nicht zugestimmt werden.

Herr Wolter bat um folgende Änderungen im Beschlussvorschlag:

Punkt 1) ... wettkampftauglicher ~~Ball~~**S**porthallen zu untersuchen.

Punkt 4) ... Entscheidungsgrundlage **bis März 2009** eine detaillierte Analyse ...

Punkt 5) ... Planunterlagen fasst der Stadtrat **bis März 2009** den Finanzierungsbeschluss ...

Punkt 7)

- ❖ Suche, **Koordination und Organisation von** ~~nach~~ **zusätzlichen Finanzierungsquellen unter Einbeziehung und Eigenbeteiligung des HFC,**

Punkt 8) ... ein Betreiberkonzept **gemeinsam mit den zukünftigen Nutzern** zu erarbeiten ...

Herr Wolter führte aus, dass das jetzige Stadion durch Eigenmittel und -leistungen der Fans in dem derzeitigen Zustand gehalten wurde. Ohne diese Unterstützung würde es jetzt schon nicht mehr bespielt werden können. Er regte eine Beteiligung des HFC in Höhe von 2 Mio. € an.

Herr Dr. Pohlack äußerte große Bedenken, diese Eigenmittel in der Vorlage und im Finanzierungskonzept zu fixieren, da das Risiko sehr groß sei. Die Erwirtschaftung von Investitionskosten sei durch den Verein schwierig zu realisieren. Bei den späteren Betriebskosten könne über mögliche Varianten nachgedacht werden.

Einige Mitglieder des Ausschusses konnten dem Anliegen von Herrn Wolter durchaus folgen, zweifelten jedoch an, dass der Verein diese Summe aufbringen bzw. einwerben könne, andere äußerten sich dahingehend, dass es sinnvoller wäre, falls das Geld aufgebracht werden könne, dieses in die Mannschaft zu stecken, damit diese das Ziel: Oberliga - erreichen können. Ausgeschlossen werden solle die zusätzliche finanzielle Beteiligung städtischer Unternehmen, da diese bereits einen großen Teil zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18. November 2008 - öffentlicher Teil

Die Verwaltung sagte eine Aufnahme der Änderungen / Ergänzungen von Herrn Wolter (fett und kursiv markiert) zu, so dass nicht extra abgestimmt wurde.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass die zurzeit gesetzte Obergrenze in Höhe von 17,5 Mio. € auf Vergleichswerten mit anderen Stadionneubauten in einer Größenordnung von 10.000 Plätze beruhen. Da noch keine Kostenschätzung vorliegt, könne das Risiko der Auskömmlichkeit mit den finanziellen Mitteln noch nicht abgeschätzt werden.

Es wurde angeregt, dass die Planungsphase III durch den Investor durchgeführt werden sollte, da das Risiko von Kostenaufwüchsen geringer sei.

Ein Mitglied des Ausschusses führte aus, dass die Entscheidung in Höhe von 17,5 Mio. € für das Stadion aus finanzpolitischer Sicht nicht akzeptabel sei, da der städtische Haushalt ein derzeitiges Loch in Höhe von 260 Mio. € aufweise. Sportpolitisch sei die Investition Stadion aber dringend notwendig.

Herr Dr. Wiegand betonte die Wichtigkeit der Entscheidung über das Stadion für die Stadt Halle (Saale).

Herr Geier führte aus, dass der städtische Beitrag in Höhe von 14,5 Mio. € unterlegt und darstellbar sei. Es sei eine politische Gewichtung über die Investitionstätigkeit der Stadt. Die Ursachen des Defizits im Verwaltungshaushalt müssen unter Mithilfe des Stadtrates beseitigt werden (5-Mio.-Liste). Bei der Einführung der Doppik könne das Vermögen aktiviert werden.

Über die Anzahl der Standorte für die Ballsporthalle wurde kurz diskutiert. Herr Bönisch avisierte einen entsprechenden Antrag im Hauptausschuss.

Da sich die Vorlage der Verwaltung und der Änderungsantrag der LINKEN Fraktion im Stadtrat überlappt, sagte die Verwaltung zu, die Ergänzungen zu übernehmen und evtl. notwendige Anpassungen vorzunehmen - Termin Sitzung des Hauptausschusses am 19.11.2008.

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1 - 9 ohne Punkt 2

10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Punkt 2

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

modifizierter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt die Sanierung des vorhandenen Kurt-Wabbel-Stadions als Vorzugsvariante sowie den Standort Halle-Neustadt / Bildungszentrum als Reservestandort eines für den lizenzierten nationalen Spielbetrieb (3. Liga) geeigneten Fußballstadions.

2. Der Stadtrat bestätigt beide Standorte, auch als mögliche Standorte, für eine Dreifelder-Ballsporthalle. Die dafür erforderlichen Flächen sind bei den Planungen für das Fußballstadion zu berücksichtigen und entsprechend freizuhalten. Die Verwaltung wird beauftragt, alternativ für einen noch unbestimmten Übergangszeitraum den Um- und Ausbau vorhandener wettkampftauglicher **Ball**Sporthallen zu untersuchen.
3. Sanierung-, Um- und Ausbau des Kurt-Wabbel-Stadions erfolgen in folgenden zwei Bau-stufen:
Ausbaustufe 1: Ausbau für zunächst 10.000 Zuschauerplätze
Ausbaustufe 2: Bei Bedarf Erweiterung auf 15.000 Zuschauerplätze (neuer Beschluss des Stadtrates erforderlich).
4. Der Stadtrat verpflichtet die Verwaltung, alle Planungen an den einzuhaltenden Mindeststandards der Sportverbände für ihre Spielstätten auszurichten und dem Stadtrat unter den Aspekten Baukosten und Unterhaltungsaufwendungen, laufender Betrieb, optimierte Entwurfsplanungen und Baubeschlüsse sowie Pläne für die Baukostenkontrolle vorzulegen.
5. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung für den Standort Kurt-Wabbel-Stadion mit der Erarbeitung des Realisierungskonzeptes zunächst bis zur Leistungsphase 2. Dem Stadtrat ist als Entscheidungsgrundlage **bis März 2009** eine detaillierte Analyse des baulichen und technischen Zustandes, die daraus abgeleiteten Vorschläge für Sanierungsmaßnahmen, Aus- und Erweiterungsbauten sowie zur Stadionausrüstung vorzulegen und mit entsprechenden Kostenkalkulationen und Variantenbetrachtungen zu untersetzen. Das betrifft auch die Auswirkung spezifischer Nutzungsvorstellungen. Der Stadtrat bestimmt auf dieser Grundlage, welche Variante oder Varianten der weiteren Vorplanung in Leistungsphase 3 zugrunde gelegt werden.
6. Auf der Grundlage der im Rahmen der Vorplanung erarbeiteten Planunterlagen fasst der Stadtrat **bis März 2009** den Finanzierungsbeschluss und trifft Festlegungen über die weitere Ausgestaltung des Verfahrens (Wettbewerb u.ä.).
7. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, zeitgleich zur Vorplanung, mit folgenden Aufgaben:
 - ❖ Beantragung von Fördermitteln,
 - ❖ Information der Bürgerinnen und Bürger über das jeweilige Vorhaben,
 - ❖ Suche, **Koordination und Organisation von** nach zusätzlichen Finanzierungsquellen **unter Einbeziehung und Eigenbeteiligung des HFC,**
 - ❖ Erarbeitung eines Vorschlages zur zukünftigen Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den künftigen Nutzern und der Stadt Halle (Saale).
8. Der Stadtrat beschließt für das Vorhaben in der Ausbaustufe 1 - 17,5 Mio. € als Obergrenze des Investitionsvolumens.
9. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Planungsphase 2 ein Betreiberkonzept **gemeinsam mit den zukünftigen Nutzern** zu erarbeiten und dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

zu 5.7 Jahresrechnung 2007 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin Vorlage: IV/2008/07487

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Fuchs, Herr Weiland und Herr Geier.

Frau Wolff fragte nach der Umsetzung der Veränderung der Kritikpunkte des Rechnungsprüfungsamtes und nach den Konsequenzen der Nichteinhaltung der Haushaltskonsolidierung.

Sie wurde darauf hingewiesen, dass sie bitte ihre erste Frage im Rechnungsprüfungsausschuss stellen möge und die zweite Frage in den Haushaltsplanberatungen explizit diskutiert werde.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass es im Schlussbericht einen allgemeinen Teil der Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes gebe und noch spezielle Prüfungsfeststellungen getroffen werden. Der Prüfbericht des Landesrechnungshofes bezüglich der Fraktionszuwendungen liege der Verwaltung noch nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1.
Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wird gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land-Sachsen-Anhalt beschlossen.
2.
Der Oberbürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2007 gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land-Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.

zu 5.9 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008/2009 für das Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater Halle Vorlage: IV/2008/07294

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch und Frau Ronne.

Aufgrund einer Nachfrage führte Frau Ronne aus, dass es ein Stipendiantenprogramm in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bank Stiftung gebe. Dieses laufe 1 Jahr und fördere die Aufzeigung neuer Wege in der Kultur. Zusätzliche Kosten werden nicht verursacht. Die hohe Anzahl der Neuinszenierungen ergebe sich aus dem aller 3 Jahre stattfindenden Ensemblewechsel. Dadurch werde ein neues Programm aufgebaut.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18. November 2008 - öffentlicher Teil

Von einigen Mitgliedern wurde angemerkt, dass der Personalwechsel aller 3 Jahre eine kulturpolitische Entscheidung sei, die jedoch Kosten in nicht unbeträchtlicher Höhe nach sich ziehe.

Frau Ronne bestätigte, dass die Höhe und die Notwendigkeit der Versicherungsbeiträge für die Instrumente zurzeit überprüft werden. Große Probleme bereiten dem Theater die im nachhinein abgesagten Zusagen von Förderungen. Im Projekt Flughafensicht wurden Förderungen in Höhe von 25 T€ zurückgezogen. Wenn diese Absagen spät eintreffen, ist es bei Projekten, die einer langen Vorbereitungszeit bedürfen, schwierig, zu reagieren.

Herr Bönisch bat, im Eigenbetriebsausschuss das Verfahren der Förderungen zu diskutieren. Eventuell hätte mit den Arbeiten nicht angefangen werden dürfen, bevor die finanziellen Mittel nicht eingetroffen sind.

Auf Bitte von Herrn Misch sagte Frau Ronne eine Abrechnung des Wasserverbrauchs in der vergangenen Spielzeit zu - ggf. im Vergleich zu der Spielzeit davor. Hintergrund dieser Bitte war der gestiegene Ansatz im Wirtschaftsplan 2008/2009 trotz konstanter Preisgestaltung der HWA.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008/2009 für das Thalia Theater / Kinder- und Jugendtheater.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: 1.3312.715000 VerwHH : 3.307.826,00 €
VermHH : 167.704,00 €

zu 5.10 Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" Vorlage: IV/2008/07530

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Misch, Herr Krause, Herr Schramm, Herr Töpfer, Herr Weiland, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Schmidt, Herr Geier, Frau Dr. Wohlfeld und Herr Stiska.

Frau Dr. Wohlfeld wies auf die einzelnen Änderungen in der Vorlage hin.

Herr Stiska führte in die Vorlage ein und ging besonders darauf ein, dass die Vorzugsvariante der Verwaltung der Abschluss eines Haustarifvertrages sei. 120 Musiker (Vollzeitstellen) seien künstlerisch eine gute Ausstattung. Im Moment führen die Tarifvertragsparteien intensive Verhandlungen. Die Verwaltung verfolge u. a. das Ziel des Verzichtes auf Vergütungssteigerungen sowie des Einfrierens der Gehälter auf dem Stand Oktober 2008. Weiterhin werde intensiv an der Frage der Vermögensübertragung gearbeitet. Ziel sei es hier, die Grunderwerbssteuer zu vermeiden und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft

ähnlich der präferierten Variante für die Bäder zu gestalten. Die Verwaltung werde einen Antrag auf eine verbindliche Aussage beim Finanzamt stellen.

Herr Geier fügte auf Anfrage an, dass im schlechtesten Fall ca. 900 T€ zu zahlen seien.

Zu den 66 MitarbeiterInnen aus dem nicht künstlerischen Bereich führte Herr Stiska auf Anfrage aus, dass diese in den verschiedensten Bereichen tätig und bei unterschiedlichen Tarifpartnern organisiert seien. Geplant sei es, sozialverträgliche Lösungen zu schaffen. Denkbar sei es, ein ähnliches Modell wie die städtische Teilzeitorientierung für die unterschiedlichen Bereiche anzuwenden. Aus der betroffenen Belegschaft seien keine negativen Signale zu vernehmen.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass bevor die Verkleinerung des Orchesters beschlossen werde, die Aufgaben definiert werden müssen, um die Anzahl an die Aufgabenerledigung zu koppeln.

Weiterhin seien betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden und die personalvertretungsrechtlichen Notwendigkeiten auch in der Übergangsphase zu beachten.

Die Übertragung der Immobilie habe ggf. Auswirkungen auf den EB ZGM.

Herr Stiska bestätigte, dass die Personalräte intensiv eingebunden seien. Zu den Kündigungen führte er aus, dass keine Einigungen der Tarifparteien in ausgewogenem Verhältnis zu erreichen sei, wenn keine Gefahr der Kündigungen bestünde.

Herr Schramm stellte folgenden Änderungsantrag:

I Punkt 4 wird folgendermaßen ergänzt:

Der städtische Zuschuss wird ebenso wie die Landesförderung in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2012 der Stadt Halle (Saale) entsprechend festgeschrieben.

Abstimmung des Antrages von Herrn Schramm:

8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt.

Ein Mitglied des Ausschusses wies darauf hin, dass im Personalüberleitungsvertrag (Anlage 2 der Vorlage) § 11 3. Absatz - Ausschluss des außerordentlichen Kündigungsrechtes - rechtlich nicht möglich sei.

Es wurde darauf hingewiesen, dass dies eine vertrauensbildende Regelung für die Mitarbeiter und mit dem Abschluss der Gründungsphase erledigt sei.

Zu den Abfindungsleistungen (Anlage 13 der Vorlage) führte Herr Stiska aus, dass diese für die Musiker geplant seien, wenn Kündigungen ausgesprochen werden. Die 66 Mitarbeiter haben ggf. Ansprüche aus dem jeweils für sie gültigen Tarifvertrag.

Kritisch diskutiert wurde auch, warum kein kulturpolitisches Leitbild vor der Behandlung dieser Vorlage erstellt und diskutiert wurde. Dann hätte die Frage beantwortet werden können, welche Potentiale z. B. durch die Fusion der Sprechtheater erreicht werden könnten.

Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Prüfungen weiterer Optimierungsmöglichkeiten ohne Zweifel auch nach der Überführung der städtischen Kultureinrichtungen durchgeführt werden können.

Ein Mitglied äußerte, dass er die Teilnahme von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zumindest zu diesem Tagesordnungspunkt erwartet hätte. Inhaltliche Fragen zur Struktur und zum zukünftigen Angebot können somit nicht abschließend beantwortet werden.

Herr Geier wies darauf hin, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados aus terminlichen Gründen verhindert sei, an der Sitzung teilzunehmen. Er gab zu bedenken, dass diese langfristige Bindung aufsichtsbehördlich problematisch sein könnte, da der Kulturbereich eine klassisch freiwillige Aufgabe der Stadt sei.

Herr Dr. Meerheim stellte folgenden Änderungsantrag:

I Punkt 2 wird folgendermaßen ergänzt:

Der zum Jahr 2011 festgelegte Personalbestand im nicht künstlerischen Bereich soll über sozialverträgliche Maßnahmen erreicht werden. Der Geschäftsführer unterbreitet dem Aufsichtsrat dazu im 1. Halbjahr 2009 einen entsprechenden Vorschlag.

Abstimmung des Antrages von Herrn Dr. Meerheim:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Herr Stiska führte aufgrund einer Anfrage aus, dass alle bekannten Tariferhöhungen bis 2009 berücksichtigt seien. Ab 2010 sei die Entwicklung offen. Die ggf. zu zahlenden Abfindungen (nicht gewollt) seien im beantragten Finanzvolumen enthalten.
Sein Vertrag ende am 31.12.2010.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

modifizierter Beschlussvorschlag: (Modifizierung fett und kursiv markiert)

I. Die Oberbürgermeisterin wird in ihrer Eigenschaft als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater werden in die „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“ zum 1. Januar 2009 überführt.

In den Ausgliederungsvertrag in der aus der *Anlage 1* ersichtlichen Fassung wird eingewilligt.

Das Anlagevermögen der drei städtischen Kultureinrichtungen wird auf die Gesellschaft übertragen.

Der Personalüberleitungsvertrag wird in der als *Anlage 2* beigefügten Fassung genehmigt.

2. Die Aufbauorganisation und das Anfang 2009 übernommene Personal werden in der

aus der *Anlage 3* ersichtlichen Fassung beschlossen. Die Ziel-Organisation für das Jahr 2011 nebst Personalbestand wird in der Fassung der *Anlage 4* beschlossen.

Der zum Jahr 2011 festgelegte Personalbestand im nicht künstlerischen Bereich soll über sozialverträgliche Maßnahmen erreicht werden. Der Geschäftsführer unterbreitet dem Aufsichtsrat dazu im 1. Halbjahr 2009 einen entsprechenden Vorschlag.

3. Die Kenndaten zur Angebotsstruktur der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle werden in der aus der *Anlage 9* ersichtlichen Fassung zur Kenntnis genommen.
4. Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Juli 2009 wird der Wirtschaftsplan mit den Teilplänen
 - Gewinn- und Verlustrechnung (*Anlage 10*)
 - Bilanz (*Anlage 12*)
 - Finanzplan (*Anlage 14*)
 - Investitionen (*Anlage 15*)
 - Personal (*Anlage 18*)beschlossen.

Die Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2009/2010 bis 2012/2013 wird zur Kenntnis genommen.

Der städtische Zuschuss wird ebenso wie die Landesförderung in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2012 der Stadt Halle (Saale) entsprechend festgeschrieben.

- II. Die Staatskapelle Halle wird ab dem 1. August 2009 auf 99 Stellen verkleinert. Alternativ kann durch einen Haustarifvertrag das Ziel der Einsparung erreicht werden.
- III. Die Geschäftsordnung der Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH wird in der aus der *Anlage 9* ersichtlichen Fassung zur Kenntnis genommen.

**zu 5.13 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende" im Verwaltungshaushalt und die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Vorhaben "Überbauung Gerbersaale" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07579**

An der kurzen Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim und Herr Geier.

Die Verwaltung wurde gebeten, eine Begründung nachzureichen, warum eine Deckung für die überplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Erstattungen an sonstigen öffentlichen Bereich aus der Haushaltsstelle Leistungen für Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG), Leistungen nach dem AsylbLG, in Höhe von 461.700 EUR möglich ist. Warum sind diese finanziellen Mittel in der ursprünglich geplanten Haushaltsstelle entbehrlich?

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt:

1. die überplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Erstattungen an sonstigen öffentlichen Bereich, Haushaltsstelle 1.4050.674000, in Höhe von 461.700 EUR. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 1.4220.790000 Leistungen für Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG), Leistungen nach dem AsylbLG, in Höhe von 461.700 EUR im Verwaltungshaushalt und
2. die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben Überbauung Gerbersaale, Planungsleistungen, Haushaltsstelle 2.6300.959000-080, in Höhe von 156.000 EUR im Vermögenshaushalt. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.6600.959000-010 Gimritzer Damm, Planungsleistungen, in Höhe von 156.000 EUR.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	<u>Haushaltsstelle:</u>	<u>VerwHH :</u>
	1.4050.674000	461.700 EUR
	Deckung:	
	1.4220.790000	461.700 EUR
	<u>Haushaltsstelle:</u>	<u>VermHH :</u>
	2.6300.959000-080	156.000 EUR (VE)
	Deckung:	
	2.6600.959000-010	156.000 EUR (VE)

**zu 5.14 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Grundschule Büschdorf, 2. Rettungsweg", Investitionszuschuss an ZGM - Bauleistungen im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07582**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Grundschule Büschdorf, 2. Rettungsweg, Investitionszuschuss an ZGM – Bauleistungen, Haushaltsstelle 2.2110.985100-011, in Höhe von 40.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus dem Vorhaben Integrierte Gesamtschule Halle, Haus 1, Investitionszuschuss an ZGM – Planung, Haushaltsstelle 2.2812.985200-006, in Höhe von 40.000 EUR.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	Haushaltsstelle:	VermHH :
	2.2110.985100-011	40.000 EUR
	Deckung:	
	2.2812.985200-006	40.000 EUR

**zu 5.15 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben "Altindustriestandorte Merseburger Straße - Diakonie" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07569**

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass die Diakonie eine hohe Priorität im Jahr 2008 habe. Bei anderen privaten Dritten haben sich die Baumaßnahmen verzögert, so dass die Auszahlungen im kommenden Jahr realisiert werden können. Die Stadt Halle (Saale) schiebe auch in diesem Bereich eine beträchtliche Bugwelle vor sich her. Wenn es die finanzielle Lage der Stadt Halle (Saale) verlangt, werden keine neuen Verträge mit Dritten abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Vorhaben Altindustriestandorte Merseburger Straße – Diakonie, Investitionszuschuss an private Unternehmen, Haushaltsstelle 2.6150.987004-007, in Höhe von 1.405.100 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen 2.6150.987002-004 Stadtsanierung, Zuschüsse für Baumaßnahmen Dritter, in Höhe von 1.394.500 EUR und 2.6150.987001-004 Stadtsanierung, Sanierungsbetreuung, in Höhe von 10.600 EUR.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	Haushaltsstelle:	VermH:	
	2.6150.987004-007	1.405.100 EUR	(VE)
	Deckung:		
	2.6150.987002-004	1.394.500 EUR	(VE)
	2.6150.987001-004	10.600 EUR	(VE)

zu 5.16 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für sonstige Bewirtschaftungskosten für unbebaute Grundstücke
Vorlage: IV/2008/07584

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch wurde von der Verwaltung bestätigt, dass die in diesem Jahr verauslagten Bewirtschaftungskosten für das Niederschlagswasser im kommenden Jahr als Einnahmen geplant seien.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßige Ausgabe für sonstige Bewirtschaftungskosten (Niederschlagswasser) in der Haushaltsstelle 1.8810.540200 in Höhe von 151.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen
1.8800.531400 Wohn- und Geschäftsanwesen, Mietauskehr 50.000 EUR,
1.8800.142000 Wohn- und Geschäftsanwesen, 101.000 EUR
Einnahmen aus Erbbaurecht und Erbpacht

<u>Finanzielle Auswirkungen:</u>	Haushaltsstelle:	Verwaltungshaushalt :	
	1.8810.540200	151.000	EUR
	Deckung:		
	1.8800.531400	50.000	EUR
	1.8800.142000	101.000	EUR

zu 5.17 Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2009 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07489

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Pohlack, Herr Geier und Herr Roesler.

Herr Dr. Pohlack führte auf Anfrage aus, dass es für eine Beschlussfassung keine Alternative für den Stadtrat gebe. Herr Roesler fügte an, dass die HAVAG lt. einer EU-Regelung einen Anspruch darauf habe, eine definitive Aussage über die Mittelbereitstellung zu erhalten. Diese Zahlung werde aus den Regionalisierungsmitteln von der Verwaltung vorgeschlagen und darüber befinde der Stadtrat. Die Regionalisierungsmittel könnten aber auch für andere Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs ausgegeben werden. Die Vorlage sei weiterhin die Umsetzung einer Zusage im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag.

Bezüglich des Querverbundes mit der VVV führte Herr Geier aus, dass die Mittel für die HAVAG für 2009 eingetaktet seien. Der Geschäftsführer der EVH definiere zurzeit Gegenmaßnahmen für das Risiko der Rückstellungen für den Bereich Netze.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Mittelbereitstellung zur Finanzierung der HAVAG, zur Verwendung der Regionalisierungsmittel und zur Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

**zu 5.18 Wirtschaftsplan 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: IV/2008/07388**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Wolter, Herr Neumann, Herr Geier und Herr Voß.

Herr Voß führte aus, dass er als Dienstwagen einen VW Passat fahre, dessen Leasingvertrag Ende 2009 auslaufe. Er bestätigte auf Hinweis, dass die Begründung der Mehrausgaben für Benzin nicht richtig sei, sondern eine pauschale Erhöhung der Kosten veranschlagt wurde.

Herr Neumann wies darauf hin, dass der Zuschuss für die SMG trotz des aufgestockten Bedarfes durch das Händeljubiläum im kommenden Jahr nicht erhöht wurde. Die SMG sollte aus diesem besonderen Grund von der Streichung von freiwilligen Mitteln im Rahmen der Haushaltsplandiskussion ausgeklammert werden.

Herr Geier sagte auf Nachfrage, dass rein formal Nachtragswirtschaftspläne möglich seien.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2009 wird bestätigt.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.8400.715600

**zu 6 Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung der
Stadt Halle (Saale) per 30.09.2008
Vorlage: IV/2008/07576**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Bönisch, Herr Misch, Herr Wolter, Herr Geier und Frau Hock.

Bäder

Herr Geier erläuterte, dass die Ausschreibung der Übertragung der Bäder in Vorbereitung sei.

Mitarbeiterparken

Herr Geier informierte, dass die Vereinbarung geschlossen wird. Die Regelung der Flächen werde unterschiedlich gehandhabt. Halle-Neustadt sei z. B. eine gewidmete Fläche, deren kostenpflichtige Nutzung noch Prüfungen bedarf. Es werden maximal 36 € verlangt.

Umstrukturierung im Musikbereich

Frau Hock erläuterte, dass eine Erhöhung der Ausgaben durch den Tarifvertrag stattgefunden habe. Die Maßnahme solle nicht gestrichen werden, da eine Abrechnung für das Jahr 2008 durchgeführt werden müsse und die Schritte auch in der GmbH umsetzbar seien. Die Gründung der GmbH sei Bestandteil der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme.

(20:30 Uhr - Frau Nagel verließ die Sitzung.)

Zusammenfassung:

Von den geplanten 12,2 Mio. € Haushaltskonsolidierung konnten per 30.09.2008 3,2 Mio. € nicht erreicht werden.

Frau Hock sagte zu, in den zukünftigen Berichterstattungen diese Zusammenfassung aufzunehmen.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass es auch sehr interessant sei, aufzuführen, in welchen Bereichen Aufwüchse zu verzeichnen seien.

Ergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

**zu 7 Quartalsbericht III. Quartal 2008 zur Entwicklung des Verwaltungshaushaltes
Vorlage: IV/2008/07585**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Bönisch, Herr Schramm, Herr Dr. Meerheim und Herr Geier.

Herr Geier erläuterte aufgrund einer Anfrage die Erwirtschaftung der globalen Minderung der Personalkosten durch nicht Besetzung freier Stellen, keine Beförderung, Langzeitkranke,

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18. November 2008 - öffentlicher Teil

usw.. Nähere Erläuterungen werden in der Sondersitzung am 25.11.2008 zum Punkt Personalkosten gegeben.

Die Redaktion Amtsblatt wurde dem OB-Bereich zugeordnet. Die Organisationsverfügung wurde noch nicht vollständig umgesetzt, da es sich bei den Arbeitsplätzen um Mischarbeitsplätze handelt.

Es wurde unmutig darauf reagiert, dass der Einnahmeausfall der Theaterwerkstätten noch immer nicht geklärt sei. Die Theater müssten eine Anweisung erhalten, dass diese bei den städtischen Werkstätten bestellen und die Werkstätten müssten zu Preisen arbeiten wie in der Privatwirtschaft.

Das Soll ist so zu verstehen → hätte haben sollen.

Die fehlende Begründung des Dezernates II wurde bemängelt. Für die zukünftigen Berichte erbat die Mitglieder des Ausschusses verständlichere Erläuterungen.

Ergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

zu 8 Prüfrechte und -pflichten

Die Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Herr Dr. Meerheim informierte, dass diesbezüglich im Land ein Gesetzentwurf auf Vorlage der Landesregierung diskutiert wird.

Herr Bönisch fügte an, dass zum Teil zu dieser Thematik heftige Debatten geführt werden, deren Ausgang zurzeit noch nicht absehbar sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein kommunales Unternehmen durch den Landesrechnungshof geprüft werde, liege bei 1 mal in 40 Jahren.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor und mündliche wurden nicht gestellt.

zu 10 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 11 Mitteilungen

Fuhrparkkonzeption

Herr Geier führte aus, dass verwaltungsintern bis Februar / März 2009 eine Mengenerhebung des Bedarfs durchgeführt werde.

zu 11.1 Information zum Stand der Verhandlungen bezüglich der Oberflächenentwässerung

Herr Geier führte aus, dass beim Beschluss über die Einführung des privaten Entgelts für das Abwasser mit der HWA vereinbart wurde, dass die Stadt Einsicht in die Abwasserkalkulation erhält. Das Niederschlagswasser ist auch im städtischen Haushalt eine erhebliche Position. Ausgangslage für die Berechnung ist die 3-Kanal-Methode (Schmutzwasser, Niederschlagswasser privat und Niederschlagswasser von öffentlichen Flächen). Die Stadt Halle (Saale) habe aufgrund der Gebührengerechtigkeit eine genaue Berechnung vorgenommen.

Herr Misch fragte nach der vertraglichen Regelung. Ihm sei es wichtig, einen Preis pro m² zu haben, den jeder Eigentümer, egal ob privat oder öffentlich, zahlen muss. Es sei seiner Meinung nach ein Nachteil für den Bürger, dass für diesen die Kalkulation nicht nachprüfbar sei und er sofort klagen müsste. Er legte keinen Wert auf die Weiterführung der Diskussion im Ausschuss (auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit) und avisierte, sich mit Herrn Geier und Frau Nebelung (HWA) einen Besprechungstermin zu vereinbaren, um seine offenen Fragen zu klären.

zu 12 Anfragen

Hilfe zur Erziehung

Frau Wolff fragte nach, bei welchem Träger und in welcher Höhe noch offene Forderungen zu verzeichnen seien.

Sozialticket

Frau Wolff fragte nach dem Stand.

nicht verbrauchte Fraktionsmittel

Herr Weiland fragte nach den Rückforderungen nicht verbrauchter Mittel für die Jahre 2004 und 2005.

Herr Geier führte aus, dass die Mittel der Jahre 2006 und 2007 betrachtet werden.

Herr Wolter wies darauf hin, dass die Verabredung dahinging, die Mittel der Jahre 2004 - 2007 zu betrachten.

Herr Dr. Meerheim informiert, dass eine Mittelanmeldung der Fraktion DIE LINKE vorliege.

VNG

Herr Wolter fragte nach, wie die Gremien des Stadtrates und dieser selbst bei der Entscheidung über die VNG-Anteile einbezogen werden. Er avisierte, diese Frage auch im Hauptausschuss zu stellen.

Bürgerhaushalt

Herr Wolter führte aus, dass 2007 ein Beschluss gefasst worden sei, einen Bürgerhaushalt einzurichten. Er habe die Wahrnehmung, dass die diesbezüglichen städtischen Aktivitäten ausgesetzt wurde.

Herr Geier informierte, dass verabredet wurde, die Priorität auf die Doppik zu legen und dann einen Bürgerhaushalt im eigentlichen Sinn einzuführen.

Herr Wolter und Frau Wolff wiesen darauf hin, dass unter www.projekt-transparenz.de der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) in einer Form eingestellt worden sei, die bearbeitet und mit Notizen versehen werden kann. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Stadt Halle (Saale) den mehrfach geäußerten Wunsch der Stadträtinnen und Stadträte nicht umgesetzt hat.

Personalvergleich der großen Städte

Herr Bönisch fragte nach dem Stand der Bearbeitung der Zuarbeit der Verwaltung zum Personalvergleich der großen Städte.

Frau Hock avisierte eine Wiedervorlage im Januar.

zu 13 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter

Martina Beßler
Protokollantin
Controllerin